

"Es reicht nicht, wenn wir einmal im Jahr hierher kommen"

Berlin (DK) Angela Merkel besitzt die besondere Gabe, Forderungen mit vielen charmannten Worten knallhart abzulehnen, ohne auch nur ein einziges Mal "Nein" zu sagen. "Migranten gehören zu unserer Gesellschaft, und sie müssen sich in den Institutionen wiederfinden", sagt die Bundeskanzlerin gestern Nachmittag. Ein selten direktes Bekenntnis zum Einwanderungsland Deutschland, das, so könnte man meinen, die Herzen aller Migranten höher schlagen lassen müsste. Dabei hatte Merkel gerade gut zwei Stunden lang beim dritten "Nationalen Integrationsgipfel" im Kanzleramt nicht viel anderes getan, als so ziemlich alle ihrer Forderungen abzulehnen. Ein neuer Integrationsrat? Eine Überprüfung der viel kritisierten Einbürgerungstests? Eine Rücknahme der gesetzlichen Hürden für den Nachzug von Ehegatten aus dem Ausland? Sie sagt es mit anderen Worten, aber Merkels Antwort ist in allen Fällen: Nein.

Knapp 200 Vertreter von Bund, Ländern und Kommunen, Einwanderer-, Wirtschafts- und Sportverbänden zogen gestern Zwischenbilanz zu dem vor einem Jahr verabredeten Nationalen Integrationsplan. Das Paket aus 400 Maßnahmen und Absichtserklärungen, von Sprachförderung bis zu Integrationskursen ist für die Bundesregierung eine "Erfolgsgeschichte": "So viel Integration war nie", verspürt die CDU-Politikerin Maria Böhmer, Staatsministerin im Kanzleramt, eine neue Aufbruchstimmung. Mit konkreten Beispielen jedoch verschont sie die versammelte Hauptstadtpresse im Kanzleramt. "Indikatoren", um den Erfolg erst messbar zu machen, sollen in den nächsten Monaten erarbeitet, Zählbares dann Anfang 2009 bei einer "großen Konferenz zum Integrationsmonitoring" vorgelegt werden. "Da wird es kein Entweichen geben", verspricht Merkel eine ehrliche Überprüfung. Ihre Integrationsbeauftragte Böhmer hatte eine Evaluation lange gar nicht als ihre Aufgabe angesehen.

So allgemein die Aussagen von Kanzlerin & Co., so konkret werden die Einwandererverbände: Sie artikulieren, was nicht gut läuft. Zwar sei der Integrationsplan "ein Meilenstein in der Geschichte unseres Landes", lobt Mehmet Tanriverdi, Präsident der Bundesarbeitsgemeinschaft der Immigrantenverbände, doch sei man eben "noch weit weg" von den Zielen.

Messbar ist das durchaus: Noch immer ist etwa die Schulabbrecherquote bei Migrantenkindern doppelt so hoch wie bei den übrigen Jugendlichen. Es sei "enttäuschend", so Tanriverdi, dass Bund und Länder bei der entscheidenden Frage keinen Durchbruch erreicht hätten. Woher mehr Geld für das Bildungssystem kommen soll, ist auch nach dem Bildungsgipfel noch ungeklärt.

So ist die Zwischenbilanz zum Integrationsplan umstritten: Während die Bundesregierung auf den Ausbau der Integrationskurse verweist, halten Gewerkschaften ihr Kürzungen bei der Sprachförderung in KITAS vor. Der dritte Integrationsgipfel hat die Differenzen nicht verkleinert. Teilnehmer beklagen, dass dies bei nur zwei Stunden und fast 200 Geladenen auch schwerlich möglich gewesen sei. "Viele kamen gar nicht zu Wort", sagt ein Migrantenvertreter später. "Es reicht nicht, wenn wir einmal im Jahr hierher kommen", argumentiert auch Phuong Kollath vom Rostocker Verein vietnamesischstämmiger Migranten. Doch die Forderung nach einem Integrationsrat als Dauereinrichtung lehnte Merkel ab. Einen "institutionalisierten Dialog" solle es aber geben. Näher definiert ist der noch nicht.

Verärgert sind die Migrantenorganisationen vor allem über das, was gar nicht in dem 400-Maßnahmen-Paket auftaucht. Für sie sind die neuen Einbürgerungstests ein Integrationshemmnis – die Bundesregierung verweist darauf, dass 98 Prozent der Tests bestanden würden. Auch der Streit über die Nachzugsregelungen für Ehepartner aus dem Ausland ist nicht beigelegt: Bevor sie nach Deutschland ziehen dürfen, müssen sie seit knapp einem Jahr Kenntnisse in deutscher Sprache nachweisen. Seither sei der Ehepartner-Nachzug um 43 Prozent zurückgegangen, kritisiert auch der DGB.

Von Martin Rücker